

GEORG E. KODEK | PETER G. MAYR

Zivilprozessrecht

5. Auflage

Zivilprozessrecht

von

Dr. Georg E. Kodek, LL.M.

Universitätsprofessor in Wien
Hofrat des Obersten Gerichtshofs

und

Dr. Peter G. Mayr

Universitätsprofessor in Innsbruck

5. Auflage

Wien 2021

facultas

Bearbeitet haben

Georg E. Kodek: V. Teil, VII. Teil, IX. – XVII. Teil (XIV. Teil mit *Mayr*), XXI. Teil

Peter G. Mayr: I. – IV. Teil, VI. Teil, VIII. Teil, XIV. Teil (mit *Kodek*),
XVIII. – XX. Teil

Bibliografische Information Der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Alle Angaben in diesem Fachbuch erfolgen trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr, eine Haftung der Autoren oder des Verlages ist ausgeschlossen.

Copyright © 2021 Facultas Verlags- und Buchhandels AG
facultas.wuv Universitätsverlag, Stolberggasse 26, 1050 Wien, Österreich
Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung und der Verbreitung
sowie der Übersetzung, sind vorbehalten.

Satz: Wandl Multimedia-Agentur

Druck: Facultas Verlags- und Buchhandels AG

Printed in Austria

ISBN 978-3-7089-2019-1 print

ISBN 978-3-99111-368-3 ebook

Vorwort

Das Zivilverfahrensrecht und darin insb das Zivilprozessrecht nimmt in der Juristenausbildung nach wie vor eine zentrale Rolle ein. Zu Recht, hat es doch nicht nur für jene Bedeutung, die konkret den Richter- oder Anwaltsberuf anstreben, sondern es bildet quasi das Modellgesetz für das Verfahrensrecht an sich und bietet damit die wesentliche Grundlage für das Verständnis anderer Verfahrensordnungen. So gilt die Zivilprozessordnung bekanntlich subsidiär auch im Außerstreit-, Exekutions- und Insolvenzverfahren, aber auch im Verfahren vor dem Verfassungsgerichtshof.

Der Unterricht in diesem Rechtsbereich steht allerdings vor besonderen Herausforderungen. Weit entfernt von der einstigen geringschätzigen Bezeichnung als „Aktenführungskunst“ präsentiert sich das Fach heute den Studierenden vielfach als sehr komplexes Theoriefach, dessen Verständnis noch dadurch erschwert wird, dass die Studierenden – anders als bei Sachverhalten des materiellen Rechts – in der Regel mit dem Prozessrecht noch nicht „in Berührung“ gekommen sind. Trotz dieser schwierigen Ausgangslage war das Fach in den letzten Jahren besonders stark von Stundenkürzungen betroffen. Gängige Lehrbücher haben mit dieser Entwicklung vielfach nicht Schritt gehalten. Teilweise sind diese für Studierende schlicht zu umfangreich, teilweise eher skriptenartig knapp.

Aus diesem Grund haben sich die Verfasser im Jahr 2011 entschlossen, gemeinsam ein neues Lehrbuch für Studierende und Berufseinsteiger zu entwickeln. Dabei haben wir uns zum Ziel gesetzt, ein „bewältigbares“ Studienbuch zu schreiben. Hier waren die durch die Lehrtätigkeit an mehreren Universitäten sowie in der Richter- und Rechtsanwaltsausbildung und zuletzt beim Aufbau des Wirtschaftsrechtsstudiums an der WU Wien gewonnenen didaktischen Erfahrungen hilfreich. Unser Ziel erforderte freilich extreme Selbstbeschränkung: Im Interesse einer klaren und vor allem überschaubaren Darstellung musste viel an Detailinformation weggelassen werden.

Von Anfang an haben wir auch die einschlägigen Vorschriften des Unionsrechts behandelt, die auch im Bereich des Zivilverfahrens immer wichtiger werden. Anders als in anderen Lehrbüchern haben wir die diesbezüglichen Regelungen jedoch nicht zusammenfassend (gewissermaßen „inselartig“) in einen eigenen Abschnitt „verbannt“, sondern systematisch immer an den passenden Stellen in die Darstellung eingebaut. Damit wird verdeutlicht, wie Unionsrecht und nationales Recht hier zusammenwirken.

Die erfreuliche Aufnahme unseres Buches auf dem Markt führte dazu, dass die ersten vier Auflagen rasch vergriffen waren. Die rege Aktivität des Gesetzgebers ließ einen bloßen Nachdruck nicht zu. Zahlreiche Änderungen erforderten vielmehr eine Neubearbeitung, um weiterhin einen aktuellen Lernbehelf

zur Verfügung stellen zu können. Hier sind im Bereich des Europarechts die Neufassungen der Brüssel II-VO, der EuBewVO und der EuZustVO sowie die neue VerbandsklagenRL zu nennen. Daneben erfolgten mehrere punktuelle Änderungen der österreichischen „Stammgesetze“ JN und ZPO, zuletzt durch das Hass-im-Netz-Bekämpfungsgesetz. Hinzu kamen Änderungen des GOG sowie des RATG und des GGG. Eine weitere Ergänzung hat einen tragischen Hintergrund: Den Maßnahmen aufgrund der Corona-Krise ist ein eigenes Kapitel gewidmet.

Außerdem wurden die Beispiele im Interesse der Verständlichkeit etwas vermehrt; ebenso die Querverweise, um namentlich Anfängern die Orientierung zu erleichtern und Zusammenhänge zu betonen. Um den Gesamtumfang des Werks und – vor allem im Interesse der Studierenden – den Preis des Werkes im Rahmen halten zu können, mussten wir – wie schon in der zweiten Auflage – schweren Herzens auf den Abdruck von Beispielsakten und Mustern verzichten. Dieses vor allem für Studierende so wichtige „Anschauungsmaterial“ sollte im Rahmen von Lehrveranstaltungen zur Verfügung gestellt werden. Überhaupt kann und soll das vorliegende Buch den Besuch einschlägiger Lehrveranstaltungen nicht ersetzen, sondern möchte Hilfestellung bei der Vorbereitung und Wiederholung des Stoffes bieten und beim Mitschreiben entlasten.

Das bewährte Grundkonzept des Werks wurde beibehalten: Unverzichtbares Grundwissen ist in normaler Schriftgröße dargestellt; Kleindruckpassagen enthalten ergänzende Informationen und Erläuterungen. Hier sind neuere Probleme tendenziell ausführlicher dargestellt, um die Leser und Leserinnen an den aktuellen Diskussionsstand heranzuführen. Die Gliederung in Randzahlen und zahlreiche tabellarische Zusammenstellungen sollen die Übersichtlichkeit fördern. Das Vermittelte wird durch zahlreiche Beispiele verdeutlicht. Außerdem finden sich häufig Verweise auf das gleichfalls bei facultas erschienene Casebook Zivilverfahrensrecht. Weiterführende Literaturhinweise ermöglichen dem Interessierten eine vertiefende Befassung.

Abschließend gilt es, all jenen zu danken, die zur zeitgerechten Fertigstellung des Werks beigetragen haben. Unseren Mitarbeiterinnen Frau Univ.-Ass. Mag. *Lena Werderitsch* und Frau *Valentina Liedermann*, LL.B. sowie Univ.-Ass. Mag. *Sophia Maria Berger* und *Heinz Kranzer*, LL.M. danken wir für wertvolle Anregungen, für die verlässliche Durchsicht des Manuskripts und die Aktualisierung des Stichwortverzeichnisses. Dank gilt auch allen Lesern und Leserinnen, die uns Anregungen für die Neuauflage gegeben haben. Schließlich schulden wir dem Verlag, und hier namentlich Herrn *Peter Wittmann* und Frau *Brigitte Wandl*, auch bei der fünften Auflage Dank für die umsichtige und zügige Betreuung der Drucklegung.

Wien/Innsbruck, im Jänner 2021

Georg E. Kodek
Peter G. Mayr

Inhaltsübersicht

Vorwort	5
Inhaltsverzeichnis	8
Abkürzungsverzeichnis	21
Erster Teil: Einführung, Grundlagen und Grundsätze	29
Zweiter Teil: Die Abgrenzung der Zivilgerichtsbarkeit	74
Dritter Teil: Die Organisation und Besetzung der (ordentlichen Zivil-)Gerichte	89
Vierter Teil: Die Zuständigkeit der Gerichte	106
Fünfter Teil: Die Parteien	154
Sechster Teil: Bauelemente des Verfahrens	182
Siebenter Teil: Die Kosten des Verfahrens	212
Achter Teil: Die Prozessvoraussetzungen	224
Neunter Teil: Die Klage	232
Zehnter Teil: Der Streitgegenstand	251
Elfter Teil: Die Prozesshandlungen	257
Zwölfter Teil: Das erstinstanzliche Verfahren	278
Dreizehnter Teil: Das Beweisverfahren	298
Vierzehnter Teil: Gerichtliche Entscheidungen	326
Fünfzehnter Teil: Das Verfahren vor den Bezirksgerichten	357
Sechzehnter Teil: Die Rechtsmittel	367
Siebzehnter Teil: Nichtigkeits- und Wiederaufnahmsklage	414
Achtzehnter Teil: Die besonderen Verfahrensarten	422
Neunzehnter Teil: Das arbeits- und sozialgerichtliche Verfahren	439
Zwanzigster Teil: Das Schiedsverfahren	459
Einundzwanzigster Teil: COVID-19 und das Zivilverfahrensrecht	475
Stichwortverzeichnis	479

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
Inhaltsübersicht	7
Abkürzungsverzeichnis	21
Verzeichnis abgekürzt zitierter Literatur	27
Erster Teil: Einführung, Grundlagen und Grundsätze (Mayr)	29
I. Einführung	29
A. Begriff und Einteilung	29
1. Zivilverfahrensrecht	29
2. Zivilprozessrecht (im engeren Sinn)	29
3. Verfahren außer Streitsachen	29
4. Einstweilige Verfügungen	30
5. Exekutionsrecht (Zwangsvollstreckungsrecht)	31
6. Insolvenzrecht	31
7. Internationales Zivilprozessrecht	32
B. Aufgaben und Zweck	33
C. Alternativen zum (klassischen) Zivilprozess	35
II. Rechtsquellen	40
III. Literatur	42
IV. Grundlagen	44
A. Historische Grundlagen	44
1. Bis zur ZPO 1895	45
2. Die Entstehung der ZPO 1895	46
3. Die Weiterentwicklung bis heute	46
B. Verfassungsrechtliche Grundlagen	49
1. Bindung (nur) an die Gesetze	50
2. Regelungs- und Vollzugskompetenz	51
3. Recht auf den gesetzlichen Richter	52
4. Die richterlichen Garantien	52
5. Mündlichkeit und Öffentlichkeit des Verfahrens	53
6. Volksmitwirkung an der Rechtsprechung	53
7. Garantie des Obersten Gerichtshofs	54
8. Trennung von Justiz und Verwaltung	54
9. „Faires Verfahren“ vor einem unabhängigen Gericht in Zivilrechtssachen	55
C. Europarechtliche Grundlagen	57
V. Überblick über den Ablauf eines Zivilprozesses in erster Instanz	59
VI. Grundsätze des österreichischen Zivilprozessrechts	62
A. Allgemeines	63
B. Die Hauptgrundsätze	64
1. Dispositionsgrundsatz – Offizialmaxime	64
2. Amtsbetrieb – Parteibetrieb	65
3. Kooperationsgrundsatz (Verhandlungs-/Untersuchungsgrundsatz)	66
4. Öffentlichkeit	67
5. Mündlichkeit	68
6. Unmittelbarkeit	69
7. Beiderseitiges rechtliches Gehör	70

8. Verfahrenskonzentration	71
C. Weitere Grundsätze	71
1. Freie Beweiswürdigung	71
2. Freiheit des Vorbringens	72
3. Vorrang der Sachentscheidung	73
4. Gleichheit der Parteien	73
5. Hilfeorientiertheit und Förderung einer einvernehmlichen Lösung	73
Zweiter Teil: Die Abgrenzung der Zivilgerichtsbarkeit (Mayr)	74
I. Die Zulässigkeit des Rechtswegs	74
A. Die Zulässigkeit des Rechtswegs (im engeren Sinn)	74
1. Die Abgrenzung von der Verwaltung	74
2. Rechtsfolgen	75
B. Die Zulässigkeit des ordentlichen Rechtswegs	76
II. Die inländische Gerichtsbarkeit	78
A. Begriff	78
B. Ausnahmen (Immunitäten)	79
1. Immunität von Staaten	80
2. Immunität von Internationalen Organisationen	80
3. Immunität von Personen	81
4. Immunität von Sachen	82
C. Rechtsfolgen	82
III. Die Abgrenzung von anderen gerichtlichen Verfahren	83
A. Die Abgrenzung vom Strafverfahren	83
B. Die Abgrenzung zwischen den verschiedenen zivilgerichtlichen Verfahrensarten	84
1. Die Abgrenzung zwischen Streit- und Außerstreitverfahren	84
2. Die Abgrenzung zwischen Erkenntnis- und Vollstreckungsverfahren	85
3. Verfahrensrechtliche Behandlung	85
IV. Der Geschäftsanfall bei den ordentlichen Gerichten	87
Dritter Teil: Die Organisation und Besetzung der (ordentlichen Zivil-)Gerichte (Mayr)	89
I. Die ordentlichen Gerichte	89
A. Gerichtsorganisation	89
B. Instanzenzug	92
II. Gerichtspersonen	92
A. Richter	93
1. Berufsrichter	93
2. Laienrichter	94
B. Rechtspfleger	94
C. Rechtspraktikanten und Rechtshörer	95
D. Geschäftsstelle	96
III. Unparteilichkeit der gerichtlichen Organe	96
A. Allgemeines	97
B. Ausschließungs- und Befangenheitsgründe	97
C. Ablehnungsverfahren	99

IV. Gerichtsbesetzung	101
A. Allgemeines	101
B. Erste Instanz	102
C. Rechtsmittelinstanz	103
D. Oberster Gerichtshof	103
E. Sanktion	103
V. Feste Geschäftsverteilung	104
A. Begriff	105
B. Sanktion	105
Vierter Teil: Die Zuständigkeit der Gerichte (Mayr)	106
I. Allgemeines und Einteilung	106
II. Die internationale Zuständigkeit	107
A. Allgemeines	108
B. Völkerrecht	109
C. Europäisches Recht	111
1. Allgemeines	111
2. Die Brüssel Ia-Verordnung (EuGVVO 2012)	111
a. Rechtsquelle	112
b. Anwendungsbereich	112
c. Zuständigkeitsregelung	114
3. Die Brüssel IIa/b-Verordnung	118
a. Anwendungsbereich	119
b. Zuständigkeitsregelung	119
4. Die Unterhalts-Verordnung	120
a. Anwendungsbereich	120
b. Zuständigkeitsregelung	121
5. Die Erbrechts-Verordnung	121
a. Anwendungsbereich	121
b. Zuständigkeitsregelung	122
D. Österreichisches Recht	122
1. Allgemeines	122
2. Ordination	123
III. Die sachliche Zuständigkeit	125
A. Allgemeines	125
B. Eigenzuständigkeit	126
C. Wertzuständigkeit	127
D. Exkurs: Der Streitwert	128
IV. Die örtliche Zuständigkeit	130
A. Allgemeines	130
B. Allgemeiner Gerichtsstand	131
C. Besondere Gerichtsstände	132
1. Ausschließliche Gerichtsstände	132
2. Wahlgerichtsstände	135
a. Gerichtsstand der Niederlassung	135
b. Gerichtsstand des Erfüllungsortes bzw der Faktura	135
c. Gerichtsstand der Schadenszufügung	135
d. Gerichtsstand der Streitgenossenschaft	136
e. Gerichtsstand des Vermögens	136

f. Europäisches Recht	137
3. Die Vereinbarung der Zuständigkeit	137
a. Österreichisches Recht	137
b. Europäisches Recht	139
D. Delegation	142
1. Definition	142
2. Delegation im engeren Sinn	142
a. Notwendige Delegation	142
b. Zweckmäßige Delegation	143
3. Direkte Zuständigkeitsübertragung	143
E. Rechtshilfe	144
V. Die prozessuale Behandlung der Unzuständigkeit	145
A. Zuständigkeitsprüfung nach österreichischem Recht	145
1. Allgemeines	145
2. Amtswegige Prüfung	147
3. Einrede des Beklagten	147
B. Zuständigkeitsprüfung nach europäischem Recht	150
C. Die Folgen der Unzuständigkeit	151
1. Entscheidung über die Zuständigkeit	151
2. Überweisung an das zuständige Gericht	151
3. Kompetenzkonflikte	152
Fünfter Teil: Die Parteien (Kodek)	154
I. Grundsätze	154
II. Die Prozessführungsbefugnis (Prozesslegitimation)	155
III. Prozessstandschaft	156
IV. Verbandsklagen und kollektiver Rechtsschutz	157
V. Vermögensverwalter	160
VI. Der Staatsanwalt	161
VII. Die Parteifähigkeit	161
VIII. Die Prozessfähigkeit	162
IX. Die Postulationsfähigkeit	164
X. Die Streitgenossenschaft	164
A. Einführung	165
B. Einfache Streitgenossenschaft	165
1. Erscheinungsformen und Voraussetzungen	166
2. Wirkungen	167
C. Einheitliche Streitpartei	168
1. Erscheinungsformen und Voraussetzungen	168
2. Wirkungen	169
D. Gesetzliche Streitgenossenschaft	169
E. Das Modell einer künftigen Gruppenklage	170
XI. Parteiwechsel und Parteibeitritt	170
XII. Die Nebenintervention	171
A. Allgemeines	172
B. Die prozessuale Stellung des Nebenintervenienten	173
XIII. Die Streitverkündung	173
XIV. Die Auktorsbenennung	174
XV. Die Hauptintervention	175

XVI. Die Veräußerung der streitverfangenen Sache	175
XVII. Die Bevollmächtigung	176
A. Einführung	176
B. Die Anwaltpflicht	177
C. Die beruflichen Parteienvertreter	178
1. Der Rechtsanwalt	179
2. Der Notar	180
3. Die Finanzprokurator	180
D. Prozessbegleitung	180
Sechster Teil: Bauelemente des Verfahrens (Mayr)	182
I. Schriftsätze	182
A. Begriff und Inhalt	182
B. Arten von Schriftsätzen	183
C. Verbesserung von mangelhaften Schriftsätzen	184
D. Anbringen zu Protokoll	186
E. Eingaben per Telefax und E-Mail	186
F. Elektronische Eingaben	187
II. Zustellungen	188
A. Gesetzliche Grundlagen	189
B. Definitionen und Begriffe des Zustellrechts	189
C. Arten der Zustellung	191
1. Physische Zustellung	191
a. Allgemeines	191
b. Zustellung zu eigenen Händen	192
c. Zustellung mit Zustellnachweis und Ersatzzustellung	192
d. Zustellung durch Hinterlegung	193
e. Verweigerung der Annahme	194
f. Sonstige Zustellungen	194
2. Elektronische Zustellung	195
D. Zustellmängel	197
III. Fristen	197
A. Arten der Fristen	198
1. Prozessuale und materielle Fristen	198
2. Gesetzliche und richterliche Fristen	199
3. Absolute und relative Fristen	199
4. Erstreckbare und unerstreckbare Fristen	199
5. Restituierbare und nicht restituierbare Fristen	199
B. Der Fristenlauf	199
C. Fristerstreckung und Fristverkürzung	200
D. Fristenhemmung	201
IV. Tagsatzungen	202
A. Begriff und Arten der Tagsatzung	202
B. Anberaumung und Abhaltung von Tagsatzungen	202
C. Erstreckung von Tagsatzungen	203
D. Amtstage	204
V. Stillstand des Verfahrens	204
A. Allgemeines	204
B. Unterbrechung des Verfahrens	205

1. Arten und Gründe	205
2. Wirkungen	206
C. Ruhen des Verfahrens	206
1. Arten	206
2. Wirkungen	207
3. Fortsetzung des Verfahrens	207
4. Ewiges Ruhen	207
VI. Prozessakten und Protokolle	208
A. Der Prozessakt	208
1. Begriff	208
2. Akteneinsicht und Datenschutz	209
B. Gerichtliche Protokolle	210
1. Allgemeines	210
2. Das Verhandlungsprotokoll	210
a. Begriff und Inhalt	210
b. Arten	211
c. Widerspruch gegen das Protokoll und Beweiskraft	211
Siebenter Teil: Die Kosten des Verfahrens (Kodek)	212
I. Prozesskosten	212
A. Einführung	213
B. Der Umfang der Prozesskosten	213
1. Gerichtskosten	214
2. Kosten der Parteienvertreter	214
3. Kosten der Parteien	215
C. Kostentragung	216
1. Erfolgshaftung	216
2. Ausnahmen von der Erfolgshaftung	217
D. Die Kostenentscheidung	218
E. Aktorische Kautions	219
F. Kostenvorschuss	219
II. Verfahrenshilfe	220
A. Voraussetzungen	220
B. Umfang	221
C. Antrag	222
D. Erlöschen und Entziehung	222
Achter Teil: Die Prozessvoraussetzungen (Mayr)	224
I. Begriff und Abgrenzung	224
II. Arten der Prozessvoraussetzungen	226
A. Allgemeine und besondere	226
B. Positive und negative	226
C. Regelungsgegenstand	227
D. Absolute und relative	227
III. Die prozessuale Behandlung der Prozessvoraussetzungen	228
A. Ermittlung	228
B. Entscheidung	229
C. Rangordnung	231

Neunter Teil: Die Klage (Kodek)	232
I. Allgemeines	232
II. Klagsarten	233
A. Einführung	233
B. Leistungsklagen	233
C. Duldungsklagen	234
D. Unterlassungsklagen	235
E. Feststellungsklagen	236
F. Exkurs: Zwischenantrag auf Feststellung	238
G. Rechtsgestaltungsklagen	239
H. Anordnungenklagen	240
III. Inhalt der Klage	240
A. Allgemeines	240
B. Klagserzählung und Schlüssigkeit	241
C. Bestimmtes Begehren	241
IV. Klagenhäufung	242
A. Allgemeines	243
B. Die Sammelklage österreichischer Prägung	243
C. Arten der objektiven Klagenhäufung	244
V. Klagsänderung	245
A. Allgemeines	245
B. Zulässigkeit	246
VI. Klagszurücknahme	246
A. Allgemeines	247
B. Zulässigkeit	247
VII. Widerklage	248
A. Allgemeines	248
B. Abgrenzung zur Aufrechnungseinrede	249
Zehnter Teil: Der Streitgegenstand (Kodek)	251
I. Begriff und Bedeutung	251
II. Der zweigliedrige Streitgegenstandsbegriff	252
III. Der Streitgegenstandsbegriff des EuGH	253
IV. Weitere Streitgegenstandstheorien	254
V. Anspruchskonkurrenz	255
A. Anspruchsgrundlagenkonkurrenz	255
B. Anspruchskonkurrenz	255
C. Idealkonkurrenz	256
Elfter Teil: Die Prozesshandlungen (Kodek)	257
I. Allgemeines	257
II. Die Prozessleitung	258
A. Allgemeines	258
B. Verhandlungsleitung und Sitzungspolizei	259
III. Parteiprozesshandlungen	260
A. Allgemeines	260
B. Prozessuale Sorgfaltspflichten	262
C. Der gerichtliche Vergleich	263
1. Allgemeines	263
2. Bekämpfung des Vergleichs	264

D. Der Verzicht	265
E. Das Anerkenntnis	266
F. Die Aufrechnung	266
1. Allgemeines	266
2. Die Entscheidung über die Aufrechnungseinrede	267
IV. Die Versäumung von Prozesshandlungen	269
A. Begriff	269
B. Säumnisfolgen	270
C. Rechtsbehelfe zur Beseitigung der Säumnisfolgen	270
1. Einleitung	270
2. Die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand	270
a. Begriff und Voraussetzungen	271
b. Verfahren	272
c. Wiedereinsetzung in unionsrechtlichen Vorschriften	272
3. Der Widerspruch gegen das Versäumungsurteil	273
4. Die Berufung	275
5. Die Kumulierung von Rechtsbehelfen	276
6. Vergleich der Rechtsbehelfe	277
Zwölfter Teil: Das erstinstanzliche Verfahren (Kodek)	278
I. Einbringung der Klage	278
II. Prüfung der Prozessvoraussetzungen	279
III. Prüfung der Einhaltung der Form- und Inhaltsvorschriften	280
IV. Weitere Vorgangsweise	281
V. Das Mahnverfahren	281
A. Allgemeines	281
B. Voraussetzungen	282
C. Der Zahlungsbefehl	283
D. Der Einspruch gegen den Zahlungsbefehl	284
E. Besonderheiten des bezirksgerichtlichen Mahnverfahrens	285
F. Europäisches Mahnverfahren	285
VI. Streitanhängigkeit	287
A. Begriff	288
B. Die Wirkungen der Streitanhängigkeit	288
1. Materielle Wirkungen	288
2. Prozessuale Wirkungen	288
C. Internationale Streitanhängigkeit	289
VII. Streiteinlassung	290
A. Allgemeines	291
B. Wirkungen der Streiteinlassung	291
C. Die Klagebeantwortung	291
VIII. Die mündliche Streitverhandlung	292
A. Allgemeines	293
B. Die Vorbereitung der mündlichen Streitverhandlung	293
C. Die vorbereitende Tagsatzung	294
D. Ablauf der mündlichen Streitverhandlung	294
E. Die Vorträge der Parteien	295
F. Die Rüge von Verfahrensmängeln	296
G. Der Schluss der mündlichen Verhandlung	297

Dreizehnter Teil: Das Beweisverfahren (Kodek)	298
I. Allgemeines	299
A. Die freie Beweiswürdigung	299
B. Das Beweismaß	300
C. Behauptungs- und Beweislast	301
D. Gegenstand des Beweises	303
E. Beweisarten	303
F. Beweisverträge	305
G. Beweisverbote	305
H. Beweisbefreiungen	306
I. Die Beweisaufnahme	307
J. Unmittelbarkeitsgrundsatz	309
K. Die Beweisaufnahme im Ausland	310
II. Die Beweismittel	311
A. Einführung	312
B. Der Urkundenbeweis	312
1. Begriff	313
2. Beweisantritt und Vorlagepflicht	314
C. Der Zeugenbeweis	315
1. Allgemeines	316
2. Beschränkungen des Zeugenbeweises	316
3. Die Zeugenvernehmung	317
4. Zeugengebühren	318
D. Der Sachverständigenbeweis	318
1. Allgemeines	319
2. Befund und Gutachten	320
3. Gebühren	320
E. Der Augenscheinsbeweis	321
F. Die Parteienvernehmung	321
G. „Neue“ Beweismittel	323
III. Zugang zu Beweismitteln	323
IV. Die Beweissicherung	324
Vierzehnter Teil: Gerichtliche Entscheidungen (Kodek/Mayr)	326
I. Allgemeine Urteilslehre	326
II. Die Urteilsarten	327
A. Überblick und Einteilung	328
B. Das Versäumnisurteil	329
1. Einführung	329
2. Voraussetzungen	330
3. Die Folgen der Versäumung im Einzelnen	331
4. Die Rechtsbehelfe gegen ein Versäumnisurteil	333
C. Das Endurteil	334
D. Das Teilurteil	334
E. Das Zwischenurteil	335
F. Das Ergänzungsurteil	336
III. Der Aufbau des Urteils	337
A. Allgemeines	337
B. Gekürzte Urteilsausfertigungen	339

IV. Zustandekommen des Urteils	339
V. Berichtigung	340
VI. Die Urteilswirkungen	341
A. Bindung des Gerichts und Wirksamkeit	342
B. Formelle Rechtskraft	342
C. Materielle Rechtskraft	343
1. Begriff	343
2. Subjektive Grenzen der materiellen Rechtskraft	344
3. Objektive Grenzen der materiellen Rechtskraft	344
4. Zeitliche Grenzen der materiellen Rechtskraft	345
D. Beseitigung der Rechtskraft	346
E. Das Vorfrageproblem	347
1. Allgemeines	347
2. Privatrechtliche und öffentlich-rechtliche Vorfragen	347
3. Strafrechtliche Vorfragen	349
4. Bindungskonflikt	350
F. Exkurs: Das Vorabentscheidungsverfahren	350
G. Exkurs: Gesetzes- und Verordnungsanfechtung durch Gerichte	351
H. Die Vollstreckbarkeit	352
I. Materielle Urteilswirkungen	352
VII. Urteilsängel	353
VIII. Der Beschluss	354
A. Einführung	354
B. Form und Inhalt	355
C. Die Erlassung von Beschlüssen	356
D. Anfechtung und Vollstreckbarkeit	356
Fünftehnter Teil: Das Verfahren vor den Bezirksgerichten (Kodek)	357
I. Einführung	357
II. Erleichterung der Rechtsverfolgung	358
III. Vereinfachungsvorschriften	359
IV. Das Besitzstörungsverfahren	359
A. Allgemeines	360
B. Verfahrensbesonderheiten	361
V. Europäisches Bagatellverfahren	362
A. Allgemeines	362
B. Verfahrenseinleitung und Streiteinlassung	363
C. Weiteres Verfahren bei rechtzeitiger Antwort des Beklagten	364
D. Vollstreckung	364
VI. Das Eheverfahren	365
A. Allgemeines	365
B. Verfahrensgrundsätze	365
Sechzehnter Teil: Die Rechtsmittel (Kodek)	367
I. Allgemeine Rechtsmittellehre	367
A. Einführung	367
B. Zulässigkeitsvoraussetzungen	369
1. Statthaftigkeit	369
2. Rechtsmittellegitimation	369

3.	Rechtzeitigkeit	369
4.	Beschwer	371
5.	Nichtvorliegen von Rechtsmittelverzicht und Rechtsmittelzurücknahme	372
C.	Form- und Inhaltserfordernisse	372
D.	Verbot der reformatio in peius	373
E.	Neuerungsverbot	374
F.	Die Rechtsmittelentscheidung	375
II.	Die Berufung	376
A.	Einführung	376
B.	Die Berufungsgründe	377
1.	Allgemeines	377
2.	Nichtigkeitsgründe	378
3.	Sonstige Verfahrensmängel	380
4.	Aktenwidrigkeit	380
5.	Unrichtige Tatsachenfeststellung	382
6.	Unrichtige rechtliche Beurteilung	383
7.	Bekämpfung im Kostenpunkt	385
8.	Die Berufungsbeschränkung des § 501 ZPO	385
C.	Das Berufungsverfahren	386
1.	Das Verfahren vor dem Erstgericht	386
2.	Das Vorverfahren vor dem Berufungsgericht	387
3.	Die mündliche Berufungsverhandlung	387
4.	Die Entscheidung des Berufungsgerichts	388
5.	Der Antrag auf Abänderung des Zulassungsausspruchs	390
III.	Die Revision	391
A.	Einführung	392
B.	Zulässigkeitsvoraussetzungen	392
C.	Die Revisionsgründe	396
D.	Das Revisionsverfahren	397
1.	Das Verfahren bei der ordentlichen Revision	397
2.	Das Verfahren bei der außerordentlichen Revision	398
3.	Einbringung der Revisionsbeantwortung	399
4.	Die Revisionsentscheidung	399
IV.	Der Rekurs	400
A.	Allgemeines	400
B.	Der Rekurs gegen Beschlüsse der ersten Instanz	402
1.	Statthaftigkeit	402
2.	Rekursverfahren	403
C.	Der Revisionsrekurs	404
D.	Der Rekurs gegen Beschlüsse des Berufungsgerichts	407
1.	Vollrekurs	408
2.	Rekurs gegen Aufhebungsbeschlüsse	408
E.	Der Rekurs gegen Aufhebungsbeschlüsse des Rekursgerichts	410
V.	Partieantrag auf Normenkontrolle	411
Siebzehnter Teil: Nichtigkeits- und Wiederaufnahmsklage (Kodek)		414
I.	Allgemeines	414
II.	Allgemeine Grundsätze des Aufhebungsverfahrens	415

A. Einschränkung der Parteidisposition	415
B. Klagefristen	415
C. Zuständigkeit	416
D. Klagsinhalt	416
E. Überblick über den Verfahrensgang	416
III. Die Nichtigkeitsklage	416
IV. Die Wiederaufnahmsklage	419
A. Wiederaufnahmsgründe	419
B. Das Verfahren aufgrund der Wiederaufnahmsklage	420
1. Allgemeines	420
2. Sondervorschriften für strafrechtliche Wiederaufnahmsgründe	420
3. Die Unterbrechung des Rechtsmittelverfahrens	421
4. Die Entscheidung über die Wiederaufnahmsklage	421
Achtzehnter Teil: Die besonderen Verfahrensarten (Mayr)	422
I. Allgemeines	422
II. Die Mandatsverfahren	423
A. Allgemeines	423
B. Das Mandatsverfahren gegen Hass im Netz	423
C. Das Wechsel- und Wechselmandatsverfahren	425
III. Das Bestandverfahren	428
A. Allgemeines	429
B. Die gerichtliche Aufkündigung	430
C. Der Übernahme- bzw Übergabeauftrag	432
D. Das Verfahren	432
E. Die Vollstreckung	433
F. Besonderheiten nach dem MRG	433
IV. Das Amtshaftungsverfahren	434
A. Allgemeines	435
B. Verfahrensbesonderheiten	436
1. Aufforderungsverfahren	436
2. Zuständigkeit	436
3. Sonstige Besonderheiten	436
V. Das Organhaftpflichtverfahren	437
A. Allgemeines	437
B. Verfahrensbesonderheiten	437
Neunzehnter Teil: Das arbeits- und sozialgerichtliche Verfahren (Mayr)	439
I. Allgemeines	439
II. Die Arbeits- und Sozialrechtssachen	440
A. Arbeitsrechtssachen	440
B. Sozialrechtssachen	441
III. Gerichtsorganisation und sachliche Zuständigkeit	441
IV. Die Besetzung	443
A. Grundsatz	443
B. Ausnahmen	444
C. Sanktionierung von Besetzungsfehlern	444
V. Allgemeine Verfahrensbesonderheiten	445
A. Verfahrensbeschleunigung	445

B. Vertretungsregelung	445
C. Besondere Anleitungspflichten und protokollarisches Anbringen	446
D. Rechtsmittelverfahren	446
VI. Besonderheiten des Verfahrens in Arbeitsrechtssachen	447
A. Internationale Zuständigkeit	448
B. Örtliche Zuständigkeit	448
C. Bezirksgerichtliche Verfahrensregeln	449
D. Kollektive Rechtsdurchsetzung	449
E. Vorläufige Wirksamkeit	451
F. Lockerung des Neuerungsverbots	452
G. Prozesskosten	453
VII. Besonderheiten des Verfahrens in Sozialrechtssachen	453
A. Internationale Zuständigkeit	454
B. Örtliche Zuständigkeit	454
C. Sukzessive Zuständigkeit des Gerichts	455
D. Klage und Klagebeantwortung	456
E. Erstinstanzliches Verfahren	456
F. Urteile und Kosten	457
G. Rechtsmittelverfahren	457
Zwanzigster Teil: Das Schiedsverfahren (Mayr)	459
I. Allgemeines	461
II. Die Schiedsvereinbarung	464
A. Definition	464
B. Formerfordernisse	465
C. (Objektive) Schiedsfähigkeit	465
D. Sonderbestimmungen für Konsumenten und in Arbeitsrechtssachen	466
III. Das Verhältnis zwischen Schiedsgerichtsbarkeit und staatlicher Gerichtsbarkeit	466
IV. Die Bildung des Schiedsgerichts	468
A. Bestellung der Schiedsrichter	468
B. Ablehnung der Schiedsrichter	469
V. Das Schiedsverfahren	470
VI. Die Beendigung des Schiedsverfahrens	471
A. Schiedsspruch	471
B. Vergleich	471
C. Beschluss	472
VII. Rechtsbehelfe gegen den Schiedsspruch	472
VIII. Vollstreckung	473
Einundzwanzigster Teil: COVID-19 und das Zivilverfahrensrecht (Kodek)	475
I. Regelungen über Pandemien im bisherigen Recht	475
II. Überblick über Maßnahmen aus Anlass der Pandemie	476
III. Sonderregelungen für mündliche Verhandlungen	476
IV. Einstellung der Tätigkeit eines Gerichts	477
V. Beratung und Abstimmung im Senat	477
Stichwortverzeichnis	479

Abkürzungsverzeichnis

Die Abkürzungen richten sich grundsätzlich nach *Friedl/Loebenstein/Dax/Hopf*, Abkürzungs- und Zitierregeln der österreichischen Rechtssprache und europarechtlicher Rechtsquellen (AZR)⁸ (2019).

ABGB	Allgemeines bürgerliches Gesetzbuch
ABI	Amtsblatt der Europäischen Union bzw (früher) der Europäischen Gemeinschaften
Abs	Absatz
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union idF des Vertrags von Lissabon, ABI C 2007/306, 1 bzw ABI C 2010/83, 1; BGBl III 2009/132
aF	alte Fassung
AGO	Allgemeine Gerichtsordnung JGS 1781/13
AHG	Amtshaftungsgesetz BGBl 1949/20
AktG	Aktiengesetz 1965 BGBl 1965/98
AnfO	Anfechtungsordnung
AnwBl	Anwaltsblatt
Art	Artikel
ASG	Arbeits- und Sozialgericht
ASGG	Arbeits- und Sozialgerichtsgesetz BGBl 1985/104
ASok	Arbeits- und Sozialrechtskartei
AStG	Alternative-Streitbeilegung-Gesetz BGBl I 2015/105
AußStrG	Außerstreitgesetz BGBl I 2003/111
AVG	Allgemeines Verwaltungsverfahrensgesetz 1991 BGBl 1991/51
BBG 2009	Budgetbegleitgesetz 2009 BGBl I 2009/52
BBG 2011	Budgetbegleitgesetz 2011 BGBl I 2010/111
Bd	Band
BeitrZPR	Beiträge zum Zivilprozeßrecht
BG	a) Bundesgesetz b) Bezirksgericht
BGBI	Bundesgesetzblatt
BIS-Justiz	Betriebliches Informationssystem der Justiz
BGHS	Bezirksgericht für Handelssachen
BlgNR	Beilage(-n) zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates
BMJ	Bundesministerium für Justiz
BMVRDJ	Bundesministerium für Verfassung, Reformen, Deregulierung und Justiz
Brüssel I-VO	siehe EuGVVO
Brüssel Ia-VO	siehe EuGVVO 2012
Brüssel IIa-VO	siehe EuEheKindVO
Brüssel IIb-VO	siehe EuEheKindVO 2019
BVG	Bundesverfassungsgesetz
B-VG	Bundes-Verfassungsgesetz BGBl 1930/1 (Wv)
CMR	Übereinkommen über den Beförderungsvertrag im internationalen Straßengüterverkehr BGBl 1961/138
1. COVID-19-JuBG	1. COVID-19-Justiz-Begleitgesetz BGBl I 2020/16
2. COVID-19-JuBG	2. COVID-19-Justiz-Begleitgesetz BGBl I 2020/24
dh	das heißt

DHG	Dienstnehmerhaftpflichtgesetz BGBl 1965/80
dJZ	(deutsche) Juristenzeitung
DRdA	Das Recht der Arbeit
dRpfleger	Der Rechtspfleger (Deutschland)
1. DVOEheG	Erste Durchführungsverordnung zum Ehegesetz dRGBI I S 923/1938 (K GBlÖ 1938/302)
DSG	Datenschutzgesetz BGBl I 1999/165 idF BGBl I 2017/120 und BGBl I 2018/24
DSGVO	Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. 4. 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (Datenschutz-Grundverordnung), ABi L 2016/119, 1
dZPO	deutsche Zivilprozessordnung
EFSlg	Ehe- und familienrechtliche Entscheidungen
EF-Z	Zeitschrift für Familien- und Erbrecht
EGJN	Einführungsgesetz zur Jurisdiktionsnorm RBGI 1895/110
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft
EGZPO	Einführungsgesetz zur Zivilprozessordnung RGBI 1895/112
EheG	Ehegesetz
EKHG	Eisenbahn- und Kraftfahrzeughaftpflichtgesetz BGBl 1959/48
EMRK	Europäische Menschenrechtskonvention BGBl 1958/210
EO	Exekutionsordnung RGBI 1896/79
ErläutRV	Erläuterungen zur Regierungsvorlage
ERV	Elektronischer Rechtsverkehr
ERV 2006	Verordnung der Bundesministerin für Justiz über den elektronischen Rechtsverkehr BGBl II 2005/481
EuBagatellVO	Verordnung (EG) Nr 861/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. 7. 2007 zur Einführung eines europäischen Verfahrens für geringfügige Forderungen, ABi L 2007/199, 1
EuBVO	Verordnung (EG) Nr 1206/2001 des Rates vom 28. 5. 2001 über die Zusammenarbeit zwischen den Gerichten der Mitgliedstaaten auf dem Gebiet der Beweisaufnahme in Zivil- oder Handelssachen, ABi L 2001/174, 1
EuBVO 2020	Verordnung (EU) 2020/1783 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. 11. 2020 über die Zusammenarbeit zwischen den Gerichten der Mitgliedstaaten auf dem Gebiet der Beweisaufnahme in Zivil- oder Handelssachen (Beweisaufnahme) (Neufassung), ABi L 2020/405, 1
EuEheGüVO	Verordnung (EU) 2016/1103 des Rates vom 24. 6. 2016 zur Durchführung einer Verstärkten Zusammenarbeit im Bereich der Zuständigkeit, des anzuwendenden Rechts und der Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Fragen des ehelichen Güterstands, ABi L 2016/183, 1
EuEheKindVO	Verordnung (EG) Nr 2201/2003 des Rates vom 27. 11. 2003 über die Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Ehesachen und in Verfahren betreffend die elterliche Verantwortung und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr 1347/2000, ABi L 2003/338, 1

EuEheKindVO 2019	Verordnung (EU) 2019/1111 des Rates vom 25. 6. 2019 über die Zuständigkeit, die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Ehesachen und in Verfahren betreffend die elterliche Verantwortung und über internationale Kindesentführungen (Neufassung), ABl L 2019/178, 1
EuErbrechtsVO	Verordnung (EU) Nr 650/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4. 7. 2012 über die Zuständigkeit, das anzuwendende Recht, die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen und die Annahme und Vollstreckung öffentlicher Urkunden in Erbsachen sowie zur Einführung eines Europäischen Nachlasszeugnisses, ABl L 2012/201, 107
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EuGRZ	Europäische Grundrechte-Zeitschrift
EuGüVO	Europäische Güterrechtsverordnungen (EuEheGüVO und EuPartGüVO)
EuGVÜ	Europäisches Übereinkommen vom 27. 9. 1968 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen, BGBl III 1998/167 und 209
EuGVVO	Verordnung (EG) Nr 44/2001 des Rates vom 22. 12. 2000 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen, ABl L 2001/12, 1
EuGVVO 2012	Verordnung (EU) Nr 1215/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. 12. 2012 über die Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen, ABl L 2012/351, 1
EuMahnVO	Verordnung (EG) Nr 1896/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. 12. 2006 zur Einführung eines Europäischen Mahnverfahrens, ABl L 2006/399, 1
EuMediatRL	Richtlinie 2008/52/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. 5. 2008 über bestimmte Aspekte der Mediation in Zivil- und Handelssachen, ABl L 2008/136, 3
EuPartGüVO	Verordnung (EU) 2016/1104 des Rates vom 24. 6. 2016 zur Durchführung der Verstärkten Zusammenarbeit im Bereich der Zuständigkeit, des anzuwendenden Rechts und der Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Fragen güterrechtlicher Wirkungen eingetragener Partnerschaften, ABl 2016/183, 30
EuUnterhaltsVO	Verordnung (EG) 4/2009 des Rates vom 18. 12. 2008 über die Zuständigkeit, das anwendbare Recht, die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen und die Zusammenarbeit in Unterhaltssachen, ABl L 2009/7, 1
EuVTVO	Verordnung (EG) Nr 805/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. 4. 2004 zur Einführung eines europäischen Vollstreckungstitels für unbestrittene Forderungen, ABl L 2004/143, 15
EuZustVO	Verordnung (EG) Nr 1393/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. 11. 2007 über die Zustellung gerichtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke in Zivil- oder Handelssachen in den Mitgliedstaaten („Zustellung von Schrift-

	stücken“) und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr 1348/2000 des Rates, ABl L 2007/324, 79
EuZustVO 2020	Verordnung (EU) 2020/1784 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. 11. 2020 über die Zustellung gerichtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke in Zivil- oder Handelssachen in den Mitgliedstaaten (Zustellung von Schriftstücken) (Neufassung), ABl L 2020/405, 40
eV	einstweilige Verfügung
EvBl	Evidenzblatt der Rechtsmittelentscheidungen in der Österreichischen Juristen-Zeitung
EZ	Einlagezahl
FamRZ	(deutsche) Zeitschrift über das gesamte Familienrecht
FS	Festschrift
GBG	Allgemeines Grundbuchgesetz BGBl 1955/39
GebAG	Gebührenanspruchsgesetz BGBl 1975/136
GedS	Gedenkschrift
GEG	Gerichtliches Einbringungsgesetz BGBl 1962/288
gem	gemäß
Geo	Geschäftsordnung für die Gerichte I. und II. Instanz BGBl 1951/264
GES	Zeitschrift für Gesellschaftsrecht
GesRZ	Der Gesellschafter
GGG	Gerichtsgebührengesetz BGBl 1984/501
GH	Gerichtshof
GmbHG	GmbH-Gesetz (Gesetz über Gesellschaften mit beschränkter Haftung) RGBI 1906/58
GOG	Gerichtsorganisationsgesetz RGBI 1896/217
GP	Gesetzgebungsperiode
GPR	Zeitschrift für Privatrecht der Europäischen Union
GRC	Charta der Grundrechte der Europäischen Union, ABl C 2007/303, 1
hA	herrschende Ansicht
HG	Handelsgericht
HiNBG	Hass-im-Netz-Bekämpfungsgesetz BGBl I 2020/148
hM	herrschende Meinung
Hrsg	Herausgeber
idF	in der Fassung
idgF	in der geltenden Fassung
idR	in der Regel
iFamZ	Interdisziplinäre Zeitschrift für Familienrecht
ImmZ	Österreichische Immobilienzeitschrift
insb	insbesondere, insbesondere
IO	Insolvenzordnung BGBl I 2010/29
IPRax	Praxis des Internationalen Privat- und Verfahrensrechts
IPRG	Bundesgesetz über das Internationale Privatrecht (IPR-Gesetz) BGBl 1978/304
iSd	im Sinne des/der
iSv	im Sinne von
iVm	in Verbindung mit
iW	im Wesentlichen
iwS	im weiteren Sinne
JAP	Juristische Ausbildung und Praxisvorbereitung

JBI	Juristische Blätter
JN	Jurisdiktionsnorm RGBI 1895/111
JRP	Journal für Rechtspolitik
KB	Klagebeantwortung
KSchG	Konsumentenschutzgesetz BGBl 1979/140
KSÜ	(Haager) Kinderschutzübereinkommen BGBl III 2011/49
LG	Landesgericht
LGVÜ	Übereinkommen über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen, geschlossen in Lugano am 16. 9. 1988, BGBl 1996/448
LGVÜ 2007	Übereinkommen über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen, geschlossen in Lugano am 30. 10. 2007, ABI L 2007/339, 3
LGZ	Landesgericht für Zivilrechtssachen
lit	litera (Buchstabe)
LJZ	Liechtensteinische Juristen-Zeitung
MR	Medien und Recht (Zeitschrift)
MRG	Mietrechtsgesetz BGBl 1981/520
mwN	mit weiteren Nachweisen
nF	neue Fassung
NJW	(deutsche) Neue Juristische Wochenschrift
NZ	Österreichische Notariatszeitung
OGH	Oberster Gerichtshof
OGHG	Bundesgesetz über den Obersten Gerichtshof BGBl 1968/328
ÖJT	Österreichischer Juristentag
ÖJZ	Österreichische Juristenzeitung
OLG	Oberlandesgericht
OrgHG	Organhaftpflichtgesetz BGBl 1967/181
ÖRpfl	Der Österreichische Rechtspfleger (Zeitschrift)
PatG	Patentgesetz 1970 BGBl 1970/259
PFAG	Passagier- und Fahrgastrechteagenturgesetz BGBl I 2015/61
RAO	Rechtsanwaltsordnung RGBI 1868/96
RATG	Rechtsanwaltstarifgesetz BGBl 1969/189
RdW	Recht der Wirtschaft (Zeitschrift)
RGBI	Reichsgesetzblatt
RHEZiv 2020	Erlass vom 8. 9. 2020 über die internationale Rechtshilfe und andere Rechtsbeziehungen mit dem Ausland in Zivilsachen, eJABl 2020/80
RIS-Justiz	Rechtsinformationssystem des Bundes (www.ris.bka.gv.at)
RIW	(deutsches) Recht der Internationalen Wirtschaft
RpflG	Rechtspflegergesetz BGBl 1985/560
RPG	Rechtspraktikantengesetz BGBl 1987/644
RS	Rechtssatzdokument im Rechtsinformationssystem des Bundes (www.ris.bka.gv.at)
Rsp	Rechtsprechung
RStDG	Richter- und Staatsanwaltschaftsdienstgesetz BGBl 1961/305
RV	Regierungsvorlage
Rz	Randzahl
RZ	Richterzeitung
SchiedsRÄG 2006	Schiedsrechts-Änderungsgesetz 2006 BGBl I 2006/7
SchiedsRÄG 2013	Schiedsrechts-Änderungsgesetz 2013 BGBl I 2013/118

SJZ	Schweizerische Juristen-Zeitung
sog	sogenannte (-r/-s)
2. StabG 2012	2. Stabilitätsgesetz 2012 BGBl I 2012/35
StGB	Strafgesetzbuch BGBl 1974/60
StPO	Strafprozessordnung BGBl 1975/631
stRsp	ständige Rechtsprechung
SZ	Entscheidung des österreichischen Obersten Gerichtshofes in Zivil- (und Justizverwaltungs-)sachen
TEG	Todeserklärungsgesetz BGBl 1951/23
ua	und andere, unter anderem
UGB	Unternehmensgesetzbuch BGBl 2005/120
uU	unter Umständen
UVG	Unterhaltsvorschussgesetz BGBl 1985/451
UWG	Bundesgesetz gegen den unlauteren Wettbewerb BGBl 1984/448
uzw	und zwar
VbR	Zeitschrift für Verbraucherrecht
VerbandsklagenRL	Richtlinie (EU) 2020/1828 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. 11. 2020 über Verbandsklagen zum Schutz der Kollektivinteressen der Verbraucher und zur Aufhebung der Richtlinie 2009/22/EG, ABI L 2020/409, 1
VersVG	Versicherungsvertragsgesetz BGBl 1959/2
VfGG	Verfassungsgerichtshofgesetz BGBl 1953/85
VfGH	Verfassungsgerichtshof
VfSlg	Sammlung der Erkenntnisse und wichtigsten Beschlüsse des Verfassungsgerichtshofes
VO	Verordnung
VR	Die Versicherungsrundschau (Zeitschrift)
VStG	Verwaltungsstrafgesetz BGBl 1991/52 (wv)
VU	Versäumungsurteil
WGN 1997	Erweiterte Wertgrenzen-Novelle 1997 BGBl I 1997/140
wobl	Wohnrechtliche Blätter
wv	wiederverlautbart
Zak	Zivilrecht aktuell
ZfRV	Zeitschrift für Europarecht, Internationales Privatrecht und Rechtsvergleichung
ZIK	Zeitschrift für Insolvenzrecht und Kreditschutz
ZivMediatG	Zivilrechts-Mediations-Gesetz BGBl I 2003/29
ZivRÄG 2004	Zivilrechts-Änderungsgesetz 2004 BGBl I 2004/91
ZÖR	Zeitschrift für öffentliches Recht
ZPEMRK	Zusatzprotokoll zur Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten
ZPO	Zivilprozessordnung RGBl 1895/113
ZustG	Zustellgesetz BGBl 1982/200
ZVglRWiss	Zeitschrift für Vergleichende Rechtswissenschaft
ZVN 1983	Zivilverfahrens-Novelle 1983 BGBl 1983/135
ZVN 2002	Zivilverfahrens-Novelle 2002 BGBl I 2002/76
ZVN 2004	Zivilverfahrens-Novelle 2004 BGBl I 2004/128
ZVN 2009	Zivilverfahrens-Novelle 2009 BGBl I 2009/30
ZVR	Zeitschrift für Verkehrsrecht
ZZP	Zeitschrift für Zivilprozess
ZZPInt	Zeitschrift für Zivilprozess International

Verzeichnis abgekürzt zitierter Literatur

- Ballon/Nunner-Krautgasser/Schneider*, Einführung in das Zivilprozessrecht – Streitiges Verfahren¹³ (2018) – *Autor(in)* in *Ballon/Nunner-Krautgasser/Schneider*
- Buchegger/Markowetz*, Grundriss des Zivilprozessrechts² (2019) – *Autor* in *Buchegger/Markowetz*
- Deixler-Hübner/Klicka*, Zivilverfahren¹¹ (2020) – *Deixler-Hübner/Klicka*
- Dolar/Roth*, Zivilprozessrecht¹⁶ (2019) – *Dolar/Roth*
- Fasching*, Lehrbuch des österreichischen Zivilprozessrechts² (1990) – *Fasching*, Lehrbuch
- Fasching/Konecny*, Kommentar zu den Zivilprozessgesetzen³ Bd I (2013), II/1 (2014), II/2 (2016), II/3 (2015), III/1 (2017), III/2 (2018), IV/1 (2019), IV/2 (2016), V/2 (2020); 2. Auflage V/1 (2008), V/2 (2010) – *Autor(in)* in *Fasching/Konecny*
- Fucik/Konecny/Lovrek/Oberhammer* (Hrsg), Jahrbuch Zivilverfahrensrecht 2009 (2009), 2010 (2010), 2011 (2011) – Jahrbuch Zivilverfahrensrecht
- Graf-Schimek/Koller* (Hrsg), Casebook Zivilverfahrensrecht⁴ (2019) – *Casebook ZVerfR*
- Höllwerth/Ziehensack* (Hrsg), ZPO Taschenkommentar mit JN, EGZPO und EGJN (2019) – *Autor(in)* in *Höllwerth/Ziehensack*, ZPO-TaKom
- Klauser/Kodek*, Jurisdiktionsnorm und Zivilprozessordnung samt Einführungsgesetzen sowie den Vorschriften des Europäischen Zivilprozessrechts. Mit erläuternden Anmerkungen, Verweisungen, Literaturhinweisen und einer Übersicht der maßgeblichen Rechtsprechung¹⁸ (2018) – *Klauser/Kodek*
- Koziol/Bydlinski/Bollenberger* (Hrsg), Kurzkommentar zum ABGB⁶ (2020) – *Autor(in)* in KBB
- Mayr*, Europäisches Zivilprozessrecht² (2020) – *Mayr*, EuZPR
- Mayr* (Hrsg), Handbuch des europäischen Zivilverfahrensrechts (2017) – *Autor* in *Mayr*, Handbuch EuZVR
- Mayr/Fucik*, Einführung in die Verfahren außer Streitsachen² (2019) – *Mayr/Fucik*, Einführung
- Rechberger/Klicka* (Hrsg), Kommentar zur ZPO⁵ (2019) – *Autor(in)* in *Rechberger/Klicka*
- Rechberger/Simotta*, Grundriss des österreichischen Zivilprozessrechts – Erkenntnisverfahren⁹ (2017) – *Rechberger/Simotta*
- Rummel/Lukas* (Hrsg), Kommentar zum ABGB⁴ (2014 ff) – *Autor(in)* in *Rummel/Lukas*
- Schwimmann/Kodek* (Hrsg), Praxiskommentar zum ABGB⁵ (2018 ff) – *Autor(in)* in *Schwimmann/Kodek*

Erster Teil: Einführung, Grundlagen und Grundsätze

I. Einführung

A. Begriff und Einteilung

1. Zivilverfahrensrecht

Das zivilgerichtliche Verfahrensrecht regelt das Verfahren vor den staatlichen Gerichten (und – in Grundzügen – vor den Schiedsgerichten; dazu Rz 1261 ff) **zur Feststellung, Gestaltung und Durchsetzung zivilrechtlicher Ansprüche.** 1

Was im Einzelnen unter diese zivilrechtlichen (bürgerlichrechtlichen, privatrechtlichen) Ansprüche fällt, muss durch Auslegung ermittelt werden (siehe unten Rz 50 und Rz 104).

Zivilverfahrensrecht ist der **Oberbegriff** für mehrere verschiedene zivilgerichtliche Verfahrensarten. Es ist zu unterscheiden zwischen folgenden **Teilgebieten**:

2. Zivilprozessrecht (im engeren Sinn)

Der Zivilprozess ist das in der Zivilprozessordnung (ZPO) geregelte Verfahren vor einem staatlichen Gericht, das der Feststellung (und ev der Gestaltung) von bürgerlichrechtlichen Ansprüchen dient (**streitiges Erkenntnisverfahren**). Er wird durch Klage eingeleitet und (im Regelfall) mit Urteil (unter Umständen aber auch etwa durch Beschluss, Vergleich oder Klagsrücknahme) beendet. **In diesem Buch wird nur das Zivilprozessrecht (im engeren Sinn) behandelt.** 2

Teilweise wird der Ausdruck „Zivilprozessrecht“ auch in einem weiteren Sinn verwendet, nämlich als Synonym zum Begriff „Zivilverfahrensrecht“. Dies ist jedoch terminologisch unsauber und sollte auseinander gehalten werden.

Neben dem Zivilprozess (streitiges Verfahren) gibt es noch ein zweites (zivilgerichtliches) Erkenntnisverfahren, nämlich das

3. Verfahren außer Streitsachen

Es dient ebenfalls der Feststellung und Gestaltung von Privatrechten. In dieser Verfahrensart werden jedoch all jene Angelegenheiten behandelt, die zwar bürgerliche Rechtssachen sind (und daher auf den Rechtsweg gehören), aber 3